

Bioenergie und Nahrung – Landwirtschaft zwischen Gewinnoptimierung und gesellschaftlicher Verantwortung

Prof. Dr. Jürgen Rimpau

Ihr Einladungs-Flyer spricht angesichts der Bioenergie von einem riesigen Marktpotenzial mit neuen, lukrativen Einkommensmöglichkeiten für die Landwirte. Vertreter des Naturschutzes im Nachhaltigkeitsrat sehen demgegenüber die Biodiversität in Gefahr und beleben die Diskussion mit so freundlichen Worten wie Biomasse-Overdrive und Soja-Connection. Der Begriff „Biomasse“ sei in den angemessenen Begriff „Agromasse“ zu ändern.

Die fachliche Engagiertheit, um nicht zu sagen Aggressivität, die dort in Berlin erkennbar wird, verblüfft. Versuchen wir eine kleine Text-Exegese.

Overdrive muss nicht erklärt werden. Spritvergeudung einer Überflusgesellschaft soll den Begriff Biomasse als Umweltverschmutzer entlarven.

Soja-Connection unterstellt mafiotisches Verhalten, also immerhin nichts Geringeres als kriminelles Verhalten der international vernetzten Agro-Industrie.

Mit der Neuschöpfung des Begriffes Agromasse verbindet sich der Denkansatz, dass sich mit „Agro“ alles Schmutzige, Negative konnotiert.

Sie schreiben in Ihrem Flyer, dass Sie mit dieser Tagung u. a. auch politische Entscheidungen in die richtige Richtung lenken wollen.

Sie werden mir zugeben, dass sich in einem solchen Umfeld gute Politikberatung nicht von selber einstellt.

Versuchen wir es deshalb doch einfach mit Rationalität!

Ich werde im Folgenden

1. kurz das Entscheidungs-Szenario zur Bioenergie und den Stand der Politikberatung aus der Sicht der FAL, Braunschweig, der DLG, des Wissenschaftlichen Beirates des BMELV und des Sachverständigenrates für Umweltfragen (SRU) referieren;
2. einen kleinen Aspekt aus der Arbeit des Rates für Nachhaltige Entwicklung (RNE) zu diesem Thema beitragen und schließlich
3. das neue, noch in der Entwicklung befindliche Konzept der DLG zum Nachhaltigkeits-Management vorstellen.

1. Szenario-Bewertung von Sachverständigen

Zunächst zur FAL:

Das Papier sagt, dass die Politik mit dem EEG massiv in die Struktur der deutschen Landwirtschaft eingreift, denn sie hat die produktgebundene Förderung der Nahrungsmittelerzeugung stark reduziert und setzt nun diesen weitgehend ungeschützten Teil der Landwirtschaft dem Wettbewerb der Bioenergie aus, welcher durch sehr starke produktgebundene Subventionen gefördert wird.

Das Papier stößt sehr schnell zu dem Kern vor, der die Basis einer nachhaltigen Politikberatung werden könnte: nämlich die indikatorenbasierte Politikberatung.

Nur was man messen kann, kann man auch politisch managen. Unter dieser geradezu trivialen Maxime gewinnt der Indikator: „CO₂-Vermeidungskosten“ eine

Schlüssel-Stellung, weil er die verschiedenen Energie-Pfade miteinander abgleichen kann.

Zzt. wird eine Tonne CO₂-Emissionsrecht mit gut 20 €/t gehandelt. Dagegen stehen die CO₂-Vermeidungskosten der Bioenergie mit 150 bis 270 €/t zu Buche. Auf der Südhalbkugel liegen diese Kosten nur bei einem Bruchteil. Allein Getreideheizung, Kurzumtriebsplantagen und Biogas aus Gülle seien neben Holz in Deutschland überhaupt rentabel.

Das Papier geht noch einen entscheidenden Schritt weiter: Das EEG und die Emissionslizenzzpolitik müssten Hand in Hand gehen: nur wenn mit der alternativen Stromproduktion auch eine Reduzierung der Emissionsrechte einhergeht, kann das EEG überhaupt eine positive klimapolitische Wirkung entfalten.

Die Autoren stellen zwei Fragen:

- Wollen wir eine Bioenergiewirtschaft aufbauen, die keine Aussicht auf nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit hat, die nur mit Dauersubventionen überleben kann und nur marginale Beiträge zur Energieversorgung liefert?
- Wollen wir mit dieser Subventionierung einen Teil unserer Nahrungsmittelerzeugung aktiv ins Ausland verdrängen?

Die Autoren fassen zusammen: es fehlt der Politik ein halbwegs schlüssiges Gesamtbild. Die Politik solle eher bei der Emission oder beim Energieverbrauch ansetzen, nicht jedoch bei der Produktion. Ich füge hinzu: Forschung und Entwicklung massiv zu fördern, sollte der Grundsatz sein. Eine Anschubfinanzierung für ca. zehn Jahre wäre aus meiner Sicht zulässig, um das Innovationspotenzial der neuen Technologie zu heben. Windkraft hat auf diese Weise seine Kosten immerhin um 50 % senken können. Die Wettbewerbsfähigkeit der Windkraft ist bei einem hohen Ölpreis bald hergestellt. Dann allerdings müsste – dieser Logik folgend – die Förderung der Windenergie über das EEG nunmehr auch eingestellt werden. So haben es auch die Protagonisten der Windkraft immer wieder selber verkündet.

Der Wissenschaftliche Beirat des BMELV ist dabei, Folgendes festzustellen: es gibt drei Kriterien im Politik-Entscheidungs-Szenario pro Biomasseförderung: Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Arbeitsplätze.

Klimaschutz: es sieht so aus, als wenn die Bioenergie mit CO₂-Vermeidungsstrategien konkurrieren muss, die deutlich billiger zu haben sind: Wind, sogar vermutlich CO₂-Abscheidung aus den Abgasen von Kohlekraftwerken, eine Technologie, die noch ganz am Anfang steht. Die Kosten der sog. Sequestrierung sollen zzt. bei ca. 65 US-Dollar/t CO₂ liegen. Die Lernkurve, also das Innovationspotenzial, ist noch nicht einzuschätzen. Norwegen hat immerhin schon 10-jährige Erfahrungen mit der Endlagerung von CO₂. Sicher sind Energieimporte von der Südhalbkugel äußerst preisgünstige CO₂-Vermeidungsstrategien.

Dazu fügt Prof. Zeddies, Hohenheim, einen anderen Gedanken hinzu: die Produktionskosten für Bioenergie (also nicht die CO₂-Vermeidungskosten) staffeln sich global wie folgt: Brasilien kleiner Australien kleiner USA kleiner China kleiner EU!

Versorgungssicherheit: für einen kleinen Anteil der Bioenergie am Endverbrauch wird ein hoher Anteil landwirtschaftlicher Fläche der Nahrungsmittelproduktion umgewidmet und mindert die Versorgungssicherheit bei Nahrungsmitteln.

Arbeitsplätze: relativ geringe Wirkungen, weil die Fläche ja insgesamt gebraucht wird. Arbeitsplätze, die hier entstehen, müssen mit dem Verlust von Arbeitsplätzen in der Ernährungsbranche saldiert werden.

Der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) empfiehlt, die Förderung der nachwachsenden Rohstoffe zu entschleunigen, die stationäre Nutzung von Biomasse zu Strom und Wärme zu bevorzugen, Nahwärmenetze auszubauen und Biokraftstoffe nur mäßig zu fördern, weil dieser Sektor preistreibende Effekte auf die Sektoren Strom und Wärme haben könnte und die Potenziale noch nicht klar erkennbar sind. Konkret: die Biokraftstoffquote sollte nicht erhöht werden. Fördermaßnahmen sollten sich an den CO₂-Vermeidungskosten je erzeugter Kraftstoffeinheit orientieren.

Der Rat empfiehlt, den Emissionshandel auszuweiten und als Messgröße die Treibhausgasbilanz, natürlich unter Einbezug von Methan und Lachgas, zu nutzen.

Insgesamt fehle der Politik zzt. ein ganzheitliches Konzept unter Einbeziehung der alternativen Optionen wie Wind, Solarthermie und Geothermie.

Die DLG wird im Januar eine Studie zur Bioenergie vorlegen. Diese ist Ergebnis der beiden genannten Klausurtagungen. Dort werden selbstverständlich auch Aussagen zur Interdependenz der Rohstoffpreise für Nahrung und Energie und der betriebswirtschaftlichen Folgen des Betriebes von Biogasanlagen zu finden sein.

Wer seine Nische allerdings im EEG-Biotop gefunden hat, sollte sie natürlich auch undiskriminiert nutzen dürfen. Der Bestandesschutz gilt!

Wenn ich diesen kurzen Streifzug durch einige Expertisen zusammenfasse, fällt dreierlei auf:

1. es fehlt der Politik an einer umfassenden Zielbeschreibung;
2. es fehlt an Transparenz;
3. es fehlt an Instrumenten der Güterabwägung bei konfliktären Zielen.

Dazu nun hat der Rat für Nachhaltige Entwicklung schon sehr früh, 2002, vorgeschlagen, Politik auf der Basis von Indikatoren zu entwickeln. Der Rat ist dann ja auch mit 21 Indikatoren hervorgetreten, die die gesamte Breite der gesellschaftlichen Entwicklung Deutschlands abdecken sollen. Nach nunmehr 4 Jahren hat das Statistische Bundesamt die Entwicklung der Politik anhand dieser Indikatoren erstmalig einer kritischen Prüfung unterzogen. Es wird sehr schön klar, inwieweit überhaupt die Richtung stimmt und inwieweit auch quantitativ die Zielerreichung fortgeschritten ist. Das Ergebnis in einem Satz: die tatsächliche Entwicklung hängt bei vielen Indikatoren weit hinter den selbst gesetzten Zielvorgaben zurück (Energieeffizienz, Flächenverbrauch, Anteil ökologischer Landbau, Bildung). Bei der Mobilität stimmt noch nicht einmal die Richtung. Einzig bei den Erneuerbaren Energien werden die Ziele vermutlich übererfüllt.

Der Wert von Messgrößen (Indikatoren) für die Politik kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Wie überzeugend könnte sich eine Branche wie die Unsere in

der politischen Diskussion verkaufen, wenn sie die folgenden 4 Indikatoren in der gesellschaftlichen Debatte aktiv nutzen würde.
(4 Indikatoren: Stat. Bundesamt 2005.)

Es soll deutlich werden, dass Indikatoren geeignet sind, die Richtung und die Entschlossenheit einer Politik zu überprüfen. Eine Korrektur der Maßnahmen ist nachvollziehbar möglich. Politik wird rational.
Politik soll jedoch auch ganzheitlich und fehlerärmer werden. Dazu ist es notwendig, Politikziele zu formulieren und Abwägungsprozesse nachvollziehbar zu machen.

Der Zielkomplettierung dient das Drei-Säulen-Konzept der Nachhaltigkeit, dessen Siegeszug nach einer Schwächephase nun nicht mehr aufzuhalten ist.

2. Corporate Social Responsibility

Auf die Wirtschaft bezogen, hat sich in der Politik eine Debatte zum Thema CSR (Corporate Social Responsibility) entwickelt, die auch für die Landwirtschaft ertragreich sein kann.

Der Rat hat sich mit diesem Thema befasst und der Politik ein Papier vorgelegt. Was ist CSR? In einem Satz: CSR ist ein Konzept für Unternehmen, auf freiwilliger Basis soziale und ökologische Belange in die Unternehmensziele aufzunehmen. Die Ziele von CSR sind nach innen auf die Mitarbeiter gerichtet und nach außen in das gesellschaftliche regionale Umfeld. Der Grundgedanke ist, dass sich soziale und ökologische Maßnahmen langfristig in Unternehmenserfolg umsetzen.

Viele global agierende Unternehmen haben erkannt, dass der so süßliche Leitsatz von Milton Friedman „The business of business is business“ nicht mehr gilt. CSR und Nachhaltigkeitsberichte gehören vielmehr zum Grundkonzept international agierender Unternehmen. Auch die Finanzmärkte haben erkannt, dass der Shareholder-Value nicht der einzige Maßstab für Unternehmenserfolg ist. Vielmehr gibt es Nachhaltigkeits-Fonds und Ratingverfahren für Nachhaltigkeit. Es gibt zwischenzeitlich eine Datenbank für best-practice-Beispiele.

Dabei geht nun vollständig unter, dass viele unternehmergeführte Kleine und Mittlere Unternehmen (KMUs) den Inhalt von CSR schon lange praktizieren. Markenartikler sind geradezu darauf angewiesen. Das gilt analog auch für landwirtschaftliche Betriebe, die in ihrem direkten Umfeld Gesicht zeigen müssen und auch zeigen.

3. Der DLG-Nachhaltigkeitsstandard

Die DLG hat nun die Gedanken des Drei-Säulen-Konzeptes von Nachhaltigkeit und die Debatte um CSR aufgegriffen. Wir formulieren gegenwärtig in einem Verbund-Forschungsprojekt mit den Universitäten Halle und München Indikatoren für alle drei Säulen der Nachhaltigkeit. Wir verfolgen das Konzept der starken Nachhaltigkeit. Das bedeutet, dass Schwächen in einer der drei Säulen nicht durch gute Leistungen in anderen Säulen ausgeglichen werden können. Vielmehr unterliegt die Leistung in allen drei Säulen der normativen Bewertung externer Standardisierungsprozesse. Die Zielgrößen (Standards) werden zzt. in einem iterativen und zivilgesellschaftlichen Diskursprozess festgelegt. Die Indikatoren sind wissenschaftlich erarbeitet, viele davon sind neu. Einige Indikatoren – insbesondere der sozialen Säule – entspringen einem Diskursverfahren, sind normativer Natur und nicht wissenschaftlich begründbar.

Hier einige Beispiele: (Folie)

Um Indikatoren ganz verschiedener Bereiche miteinander vergleichbar zu machen, müssen sie den gleichen Maßstab erhalten. Wir haben uns für die dimensionslose Bewertung von 0 (keine Leistung) bis zu 1 (volle Leistung) entschieden.

Die Vorteile eines solchen Standards sind aus unserer Sicht: (Folie)

In einem Netzdiagramm kann der Landwirt sein Leistungsprofil mit einem Blick erfassen.

Der DLG-Nachhaltigkeitsstandard gilt für alle Produktionssysteme und natürlich auch für die Biomasse-Produktion. Er ist zunächst nur auf den Pflanzenbau bezogen. Die Tierhaltung soll folgen.

Wichtig für uns ist, dass der DLG-Nachhaltigkeitsstandard freiwillig ist. Er wird zwei Wirkungen entfalten: nach innen als Managementhilfe, weil Schwächen des eigenen Betriebes offenbar werden. Der Unternehmer kann Schwächen nacharbeiten – häufig in einem Win-win-Prozess. Nach außen, weil er sich gegenüber Handel, Banken und Versicherungen als langfristig am Markt agierendes Unternehmen darstellen kann. Mehr als zwei Drittel der landwirtschaftlichen Fläche ist verpachtet. Da ist es gut, sich auch dem Verpächter gegenüber, der der Landwirtschaft nicht mehr so nahe steht, neutral und dokumentierbar als nachhaltig wirtschaftender Unternehmer darzustellen. Viele Betriebe sind durch Kooperation Partnerschaften eingegangen. Da hilft es, sich den stillen Partnern gegenüber dokumentierbar als nachhaltig darstellen zu können. Die Risiken für beide, den aktiven wie den stillen Teilhaber, nehmen ab. Gegenüber dem gesellschaftlichen Umfeld, um zu zeigen, dass das Unternehmen Rücksicht auf die berechtigten Belange der Gesellschaft nimmt. Der Unternehmer nimmt seine gesellschaftliche Verantwortung wahr und kann das dokumentieren.

Für die heutige Diskussion sind drei Indikatoren herauszuheben, nämlich der für Energieeffizienz, die Humusbilanz und der für die Emissionsinventur. Da niemand Erfahrungen mit dem betriebseigenen Inventar hat, werden hier in der Folge neue Erkenntnisse für die gesamte Branche zur Verfügung stehen. Voraussetzung ist, dass ein wissenschaftliches Institut die Daten anonymisiert erhält und für uns aufbereiten kann.

Wir werden erkennen, wo wir überhaupt stehen. Horizontale Betriebsvergleiche haben Wettbewerbscharakter. Das kennen wir aus der Betriebswirtschaft. Der Trend zur Werteverbesserung nunmehr erstmalig für alle Aspekte der Nachhaltigkeit wird durch einen solchen Standard forciert.

Mit dem Emissions-Indikator kann dann übrigens auch die Bioenergie ganz neu bewertet werden. Mit dem Humus-Indikator kann die mögliche Senkenfunktion der Böden in Bezug auf CO₂ abgeschätzt werden. Beides eine Voraussetzung zum CO₂-Emissionsrechte-Handel, dessen Chancen wir in der grünen Branche nicht verschlafen sollten.

Transparenz, CSR und Nachhaltigkeitsstandards sind heute unabdingbar und einer aufgeklärten Gesellschaft würdig. Wer sich nicht weiterentwickelt, kann der Gesellschaft sehr bald nicht mehr vermitteln, was er tut.

Wer nur „business“ vor Augen hat, dem möge folgendes Beispiel die Augen öffnen. Beispiel Finanzmärkte: Die Abwesenheit von Transparenz, die dort zzt. ja sogar für

Insider gilt, wird zu Recht als Bedrohung wahrgenommen. Banken wackeln sogar ökonomisch, weil noch nicht einmal Messgrößen für das einfachste Controlling - weder nach innen noch nach außen - vorhanden sind.

Indikatoren haben nur beschreibenden Charakter. Sie ersetzen nicht die notwendigen Abwägungsprozesse. Zunächst allerdings gilt es, das Inventar der Entscheidung umfassend zu ermitteln. (Dazu ein scheinbar einfaches Beispiel: Beispiel Stickstoff.)

Die DLG hat sich im Übrigen sehr früh in einer Arbeitsgruppe mit Naturschützern auf Grundsätze einer nachhaltigen Biomasseproduktion geeinigt, die natürlich auch aus Naturschutzsicht möglich ist. Dies ist publiziert.

Indikatoren sind eine geeignete Hilfe moderner Politik. Diese gilt es weiterzuentwickeln.

Das Wuppertal-Institut hat gerade einen Indikator für den Gesamtflächenverbrauch für Ernährung pro Kopf vorgeschlagen, der nicht nur den Flächenverbrauch in Deutschland berücksichtigt, sondern auch die Importe und Exporte saldiert: der „Global Land Use“. Solch ein Indikator wäre auch für die Bioenergie nützlich. Allerdings ist Fläche allein nicht aussagefähig. Man müsste einen Flächen-Effizienz-Index entwickeln und damit den einfachen Flächenverbrauch gewichten.

Die Bundeskanzlerin hat kürzlich einen weiteren Indikator ins Spiel gebracht, der für unsere heutige Diskussion bedeutsam sein könnte: die CO₂-Emission pro Kopf und Jahr global und für jeden gültig. Sie gibt diesen für die mittlere Zukunft mit 2 t CO₂ pro Jahr an. Das bedeutet, dass wir uns in Europa von ca. 11 t und die USA von ca. 20 t pro Kopf und Jahr CO₂-Verbrauch herunterschleusen müssten. Dabei gelte es zu berücksichtigen, dass wir in Europa auch virtuelles CO₂ importieren. Dieser müsste in die Bilanz mit aufgenommen werden. Das Statistische Bundesamt hat in der Tat erste Versuche einer Saldierung von Im- und Exporten von CO₂ vorgenommen.

Zzt. gilt im Emissionshandel, dass die Nationalgrenzen die Bilanzgrenzen für CO₂ sind. Was aber ist mit den 2,6 Mrd. t CO₂ pro Jahr, die in Indonesien durch Urwaldbrandrodung entstehen? Dort werden Palmölplantagen gepflanzt, deren Senken-Funktion man sicherlich dagegen rechnen müsste. Der Schaden für das Klima ist natürlich ungleich größer. Die Importe von Palmöl tragen also neben dem physisch gebundenen CO₂ auch virtuelles CO₂ mit sich, das faktisch in Indonesien entstanden aber u. a. in Europa virtuell konsumiert wird. Wie gehen wir damit um? Diese Diskussion ähnelt derjenigen um den „global land use“ und um virtuelles Wasser bei Importen von Nahrungsmitteln und Kleidung, die ebenfalls gerade erst begonnen hat.

Wir stehen mit unserer Bioenergie zukünftig im globalen Wettbewerb. Eine der einfachen Fragen lautet: wie teuer sind die CO₂-Vermeidungskosten von Bioenergie der Südhalbkugel, wenn westeuropäische Standards gelten würden. Diese Diskussion beginnt gerade erst – indikatorengetrieben. Zertifikate wie der DLG-Nachhaltigkeitsstandard dürften hilfreich sein und deshalb zukünftig auch international eine bedeutende Rolle spielen.